

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streit kein Anspruch auf Entschädigung.

Besatzpreis 2,- RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postscheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler, Berlin S 14, Inselstraße 8 a).

NUMMER 38 B

BERLIN • Sonntag, den 14. Februar 1932

1. JAHRGANG

Abrüstungspläne.

1 Genf, 12. Februar.

Dänemark.

Der dänische Außenminister MUNCH unterstrich in seiner Rede vor der Abrüstungskonferenz den Grundsatz der Gleichberechtigung für alle Staaten. Die durch internationale Verträge nicht gebundenen Mächte müssen daher jetzt zu einer Herabsetzung der Rüstungen schreiten.

Tschechoslowakei.

Der tschechoslowakische Außenminister, BENESCH, entwickelte vor der Abrüstungskonferenz das Abrüstungs- und Sicherheitsprogramm seiner Regierung und legte das Schwergewicht seiner Ausführungen auf eine eingehende Schilderung der heutigen katastrophalen politischen und wirtschaftlichen Lage Europas. BENESCH stellte sich auf den Boden der französischen Vorschläge. Im Interesse gerade der

kleinen Staaten verlangte die tschechoslowakische Regierung eine wirksame, vollständige und sichere Organisation der internationalen Gerechtigkeit als der Hauptbürgschaft der Sicherheit der kleinen Staaten. Zum Schluß erklärte BENESCH, die tschechoslowakische Regierung werde der Konferenz ziffernmäßige Angaben über die Herabsetzung der tschechoslowakischen Rüstungen auf ein Mindestmaß vorlegen, das mit der nationalen Sicherheit des Landes vereinbar sei.

Ein Beispiel für Genf.

m Moskau, 12. Februar.

Die russische Regierung beabsichtigt, die Durchführung von Kriegsmaterial für China und Japan sowie von allen Gegenständen, die im Krieg Verwendung finden können, zu verbieten.

Französisch-englische Verständigung.

Paris, 13. Februar.

Die Pariser Morgenpresse unterstreicht die französisch-englische Verständigung über den Zeitpunkt und das Arbeitsprogramm der bevorstehenden Reparationskonferenz und hebt hervor, daß es LAVAL und TARDIEU gelungen sei, in den hauptsächlichsten Fragen ihren Standpunkt durchzusetzen. PERTINAX erklärt, daß Frankreich sich glücklich schätzen könne, den von

den Engländern vorgeschlagenen Text einer „endgültigen Regelung“ durch eine „dauerhafte Regelung“ ersetzt zu haben. Ebenso sei es gelungen, das „absolute Moratorium“, das sich auch auf den ungeschützten Teil der Zahlungen ausdehnte, aufzutreten. Der englische Außenminister Lord SIMON wird Sonnabend- oder Sonntag in Paris erwartet.

China — Japan.

Neue Kämpfe in Schanghai.

b Schanghai, 13. Februar.

Am Freitag mittag hat in Schanghai auf beiden Seiten das Artilleriefeuer wieder eingesetzt.

Die Vermittlungsverhandlungen der verschiedenen Gesandten sind bisher völlig fehlgeschlagen. Der japanische Gesandte hatte außer mit dem englischen auch eine lange Unterredung mit dem französischen Gesandten, er beharrte aber auf seiner Forderung, daß sich die chinesischen Truppen aus Schanghai zurückziehen müßten.

Der englische Gesandte hatte außerdem Besprechungen mit prominenten chinesischen Persönlichkeiten, darunter dem Bürgermeister von Groß-Schanghai, und Dr. WELLINGTON-KU.

a Genf, 13. Februar.

Am Freitag abend tagte der Völkerbundsrat ohne Japan und China. Es wurde beschlossen, vorläufig keine Vollversammlung einzuberufen, da noch keine hinreichenden Unterlagen für eine endgültige Regelung des Konfliktes vorlägen. Der Rat stellt es jedoch den Chinesen anheim, die Verantwort-

ung für eine sofortige Einberufung einer Vollversammlung zu übernehmen.

Russisch-japanischer Vertrag?

„Daily Express“ bringt die Meldung, daß Rußland und Japan einen Geheimvertrag abgeschlossen haben, der Japan freie Hand in der Mandchurei und in einigen Teilen der Mongolei gibt. Rußland habe sich ferner verpflichtet, in keiner Weise gegen die japanischen Maßnahmen an der chinesischen Küste Einspruch zu erheben. Das Abkommen sehe ferner den Verkauf der russischen Interessen an der chinesischen Ostbahn an Japan und ein Versprechen Rußlands vor, keine Einwände gegen den Bau japanischer Eisenbahnen in der Mongolei zu erheben. Das Abkommen, so meint „Daily Express“, sei von STALIN — entgegen der Meinung eines Teiles des Vollzugsausschusses der Sowjetunion — durchgesetzt worden. STALIN habe einen Krieg gegen Japan wegen der Ungleichheit der Mittel abgelehnt.

Wir bringen diese Meldung mit der nötigen Reserviertheit gegenüber bürgerlichen Alarmmeldungen über die Sowjetunion.

AUS DEM INHALT:

Kampf der englischen Baumwollarbeiter.

Republikaner gegen Groener.

Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Bauern in Not.

5 Tage freiheitlicher Kommunismus

Wie steht es um Indien?

Wer finanziert den „Funken“?

Litwinow gegen Tardieu.

Von Grete Hermann.

Die Rede LITWINOWS, die in die Genfer Diskussion die Forderung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung hineingeworfen hat, bringt die Reihe der zur Erörterung stehenden Programme grundsätzlich zum Abschluß. Wir haben vor einigen Tagen (am 11. Februar) gezeigt, daß die Vorschläge, die zu dem Zweck einer Sicherung des Friedens erhoben worden sind, im wesentlichen in drei Gruppen zerfallen: in die beiden radikalen Gruppen, die den Frieden entweder durch Abschaffung aller Waffen überhaupt oder durch den Aufbau einer überstaatlichen Machtorganisation garantieren wollen, und in die Mittelgruppe, die durch Verhandeln einen schrittweisen Abbau der Rüstungen anstrebt.

Jede dieser Gruppen hat jetzt in Genf ihren offiziellen Vertreter gefunden. Der Weg für eine Auseinandersetzung zwischen ihnen ist frei — wenn er auch im Schatten der ostasiatischen Ereignisse liegt, die jedes Pathos in dieser Diskussion verdächtigen, zugleich aber den einzigen ernstzunehmenden Maßstab für die Beurteilung der vorgebrachten Pläne liefern: Ist einer von ihnen einer Situation wie der in China gewachsen?

An dieser Frage gemessen, treten die Vorschläge der Mittelgruppen ohne weiteres zurück — wenigstens bis zu dem Beweis der Undurchführbarkeit der beiden extremen Vorschläge. Denn während der Vorschlag der totalen Abrüstung und der eines überstaatlichen Heeres, das die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten sichert, darauf abzielt, den Krieg auszuschließen, ist dieses Ziel bei den Verhandlungen über die Abschaffung oder Beschränkung einzelner Waffengattungen preisgegeben. Allen Vorschlägen der Mittelgruppen ist gemeinsam, daß sie die Möglichkeit des Krieges zulassen und nur seine Form gewissen Beschränkungen und Mäßigungen unterwerfen wollen; sei es durch das Verbot der sogenannten „Angriffswaffen“, durch die Ausschaltung besonders grausamer Kriegsmethoden oder durch gewisse Verabredungen, die wenigstens der Zivilbevölkerung einigen Schutz gewähren sollen. Es ist ein inkonsequentes und kindisches Verfahren, den Krieg zwar als zulässige Form des internationalen Verkehrs anzuerkennen, ihn aber zähmen und so seiner größten Schrecken berauben zu wollen. Wer völkerrechtliche Entscheidungen von dem zufälligen Ausgang eines Krieges abhängig macht, überläßt sie dem rohen Spiel blinder Gewalten, und es ist dann nur konsequent, wenn er dabei für den Sieg seiner eigenen Willkür alles an Brutalität und Macht aufbietet, was ihm überhaupt zur Verfügung steht. Warum und wo eine Grenze ansetzen für die „zulässige“ Grausamkeit? Welchen Anspruch hat die Zivilbevölkerung darauf, besser behandelt zu werden als die im Felde stehenden Soldaten, die diesen Platz auch nicht freiwillig eingenommen haben? Was erwartet man von dem Verbot der „Angriffswaffen“, wenn man, wie die Zulassung der „Verteidigungswaffen“ verrät, mit einem Angriff rechnet?

Wer diesen Bedenken gegenüber geltend macht, daß die schrittweise Abrüstung keineswegs von einer Billi-

Wachsendes Elend.

Schlesische Eisenindustrielle fordern 21% Gehaltssenkung.

f Kattowitz, 12. Februar.

Am Donnerstag fanden in Kattowitz Tarifverhandlungen für die Angestellten der ostoberschlesischen Eisenindustrie statt. Die Arbeitgeber forderten eine allgemeine Gehaltssenkung von 21 Prozent, während die Angestelltenvertreter sich höchstens mit einer Gehaltssenkung von 3 Prozent einverstanden erklären wollten. Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen. Die Entscheidung liegt jetzt bei dem Schlichtungsausschuß.

Stiegende Arbeitslosigkeit in der Schweiz.

u Basel, 12. Februar.

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz hat erneut zugenommen. Ende Januar betrug die Zahl der angemeldeten Arbeitsuchenden 58 000, d. h. 7000 mehr als Ende Dezember und 30 000 mehr als im Januar vorigen Jahres.

Die Arbeitslosen Frankreichs.

Paris, 13. Februar.

Die Zahl der amtlich eingetragenen Arbeitslosen in Frankreich betrug am 12. Februar rund 259 000, darunter waren etwa

50 000 Frauen. Gegenüber der Vorwoche bedeutet dies eine Erhöhung um etwa 18 000.

§ 218.

h Berlin, 12. Februar.

Das Schwurgericht beim Landgericht III verurteilte den Apotheker HEISER wegen Vergehens gegen Paragraph 218 zu sechs Monaten Gefängnis.

s Schneidemühl, 12. Februar.

In der diesjährigen ersten Schwurgerichtsperiode stand der Schneider HELMUT SCHRÖDER wegen gewerbmäßiger Abtreibung vor Gericht. In zwei Jahren konnten ihm sechs Fälle eines verbotenen Eingriffs nachgewiesen werden. Der Angeklagte gab diese Fälle zu. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Der Bierstreik.

k Hamburg, 12. Februar.

Die Flaschenbierhändler haben sich dem Bierstreik angeschlossen. Insgesamt haben sich jetzt aus Groß-Hamburg und Umgebung 4219 Gastwirte für den Streik erklärt.

gang des Krieges ausgeht, sondern sich nur von der Utopie der beiden radikalen Vorschläge freihalten und die Kräfte auf die Erreichung des Möglichen konzentrieren soll, der hat zu beweisen, daß eine wirkliche Sicherung des Friedens unmöglich ist. Dieser Beweis ist bis heute nicht geführt worden. Solange er nicht vorliegt, kommen für diejenigen, der den Frieden will, nur die Vorschläge in Frage, die dieses Ziel ernsthaft ins Auge fassen.

Aus dem Gewirr der Genfer Stimmen lösen sich damit zwei heraus, die allein einer Diskussion wert sind, die Stimmen Litwinows und die seines Antipoden TARDIEU.

TARDIEUS Parole: „Frankreich fordert einen Völkerbund, der stark genug ist, den Frieden zu organisieren.“ Diese Organisation kann nur gelingen, wenn der Völkerbund imstande ist, seinen Anweisungen Befolgung zu erzwingen. Dazu braucht er eine Heeresmacht. Frankreich schlägt vor, daß die Nationen sie ihm zur Verfügung stellen.

Dieser Vorschlag ist in Genf und in der die Genfer Ereignisse kommentierenden Presse auf wilden Widerstand gestossen. Grundsätzliche Bedenken mischen sich mit mißtrauischen Verdächtigungen, die hinter den französischen Plänen unlautere Absichten vermuten. Dieses Mißtrauen gegenüber einer kapitalistischen Regierung, die nichts unterlassen hat, die eigenen militärischen Rüstungen auszubauen, und die trotz der damit gewonnenen Macht den kapitalistischen Raubzügen anderer Staaten in voller Ruhe zusieht, ja sie unterstützt, ist berechtigt und geboten. Wir werden das im Auge behalten.

Aber es ändert nichts daran, daß die grundsätzlichen Erwägungen, auf denen TARDIEU die französischen Vorschläge aufgebaut hat, den entscheidenden Punkt in der Frage der Völkerverständigung treffen. Wer im Ernst die Erreichung irgendeines Ziels sichern will, braucht dafür eine Macht, die gegen die Kräfte überlegen ist. Das gilt auch für die Sicherung rechtlicher und friedlicher Beziehungen unter den Völkern, um derentwillen der Völkerbund angeblich da ist, ohne daß er bei seinen Bemühungen um dieses Ziel bisher etwas anderes erreicht hätte als immer peinlichere und offensichtlichere Blamagen: Er ist ohnmächtig seinen eigenen Mitgliedern gegenüber, die bereit und in der Lage sind, ihre Interessen durch Kanonen zu verteidigen.

Diese Ohnmacht könnte grundsätzlich nicht einmal durch die Vernichtung dieser Kanonen aufgehoben werden. Denn so vollständig eine allgemeine Abrüstung auch durchgeführt werden mag, sie gibt doch nie eine Sicherheit dafür, daß nicht einer der abgerüsteten Staaten im Geheimen seine Rüstungen wieder aufbaut und sich so dem lästigen Zwang entzieht, sich in seinem Verkehr mit anderen Staaten auf friedliche Mittel beschränken zu müssen. Eine internationale Organisation, die der Aufgabe des Völkerbundes, den Frieden zu sichern, genügen soll, braucht also in der Tat eine Macht, die solche Uebergriffe einzelner Staaten gewaltsam unterbinden kann.

Dieser einfachen Ueberlegung gegenüber versagt gerade das Argument, das in der Presse am häufigsten und am leidenschaftlichsten gegen TARDIEU verfochten worden ist. Wieder und wieder ist eingewandt worden, daß der französische Plan die Oberhoheit der Staaten verletze, daß er sie einem Ueberstaat unterwerfe und darum unannehmbar sei. Gewiß, wenn der internationale Verkehr rechtlich und friedlich geordnet und nicht dem Zufall blinder Machtkämpfe ausgeliefert sein soll, dann bedarf es einer internationalen und darum überstaatlichen Organisation. Aber darin liegt für den einzelnen Staat ebensowenig eine Beleidigung wie es für den ein-

zelnen Bürger eines Staates ohne weiteres ehrenrührig ist, sich dessen Anordnungen zu fügen. Nur nationalistischer Eigendünkel und imperialistische Eroberungsgelüste werden durch einen machtvollen Völkerbund verletzt. Weshalb sollten wir diesen Bestrebungen auch nur im geringsten entgegenkommen?

Weit ernster als die Sorgen um die gefährdete Oberhoheit der Staaten ist ein anderes Bedenken, das im Kampf um die französischen Vorschläge allerdings weit weniger hervorgetreten ist: der Vorwurf, TARDIEU habe über die Organisation der internationalen Armee die Abrüstung der nationalen Armeen vergessen. Dieser Vorwurf trifft in der Tat zu. Die Forderung der Abrüstung fehlt in dem französischen Vorschlag; sie darf aber nicht fehlen, wenn die Organisation einer internationalen Heeresmacht ein Mittel zur Sicherung des Friedens sein soll. Denn wie soll bei dem wahnsinnigen Aufgebot an Rüstungen, das heute in den nationalen Armeen steckt, die internationale Armee die Ueberlegenheit erhalten, die sie nicht nur gegenüber jeder einzelnen dieser nationalen Armeen, sondern darüber hinaus gegenüber jeder möglichen Koalition dieser Armeen haben muß, um ihrer Aufgabe gewachsen zu sein? Zudem: Wenn diese internationale Armee im Dienst des Rechts und des Friedens eingesetzt wird, so nimmt sie eben damit den einzelnen Staaten die Aufgabe der Verteidigung ab und macht so den einzigen Grund hinfällig, durch den die Aufrechterhaltung nationaler Armeen gerechtfertigt werden könnte. Es ist wieder dasselbe Verhältnis, wie es zwischen der staatlichen Macht und der Privatmacht der einzelnen Staatsbürger bestehen sollte: In einem ordentlichen Staat ist niemand darauf angewiesen, sich zu bewaffnen, um seine eigene Verteidigung sicherzustellen.

Höltermann gegen Groener.

c Dessau, 12. Februar.

Auf einer republikanischen Kundgebung hier sagte der geschäftsführende Bundesvorsitzende des Reichsbanners, HÖLTERMANN: Wie lange wollen wir noch ertragen, daß die Politik in Deutschland mehr und mehr gemacht wird im Reichswehrministerium? Der Herr Reichswehrminister hat in einem Erlaß seine Stellungnahme zu den Wehrverbänden dargelegt. Erfreulich ist es, daß er jeder Art von polizeilicher Betätigung der privaten Wehrverbände entschieden entgegengetreten ist. Wir hören die Botschaft, aber uns fehlt der Glaube. HITLER hat seine Privatpolizei über das ganze Reich ausdehnen können: er darf seine staatsfeindliche SA vor den ausländischen Diplomaten paradiere lassen. Herr GROENER, lösen Sie die SA auf, lösen Sie die Wehrverbände auf, die nicht auf dem Boden der Verfassung stehen!

Eine Schweizer Stimme zu Groeners Wehrelaß.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 11. Februar über den neuesten Schlag, der dem „verbeulten Gebilde der demokratischen Republik“ versetzt worden sei: „Die politische Tragweite von GROENERS neuen Richtlinien kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie stellen den größten Erfolg dar, den der Nationalsozialismus seit den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 errungen hat. Der Reichskanzler Dr. BRÜNING und der Reichswehr- und Reichsinnenminister GROENER haben dem verbeulten Gebilde der demokratischen Republik einen entscheidenden Schlag versetzt. Die indirekte Wirkung wird größer sein als die direkte. Denn es ist verhältnismäßig gleichgültig, daß von jetzt an eingeschriebene Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei in die Reichswehr aufgenommen werden können. Wesentlich dagegen ist es, daß die vielen jetzigen Angehörigen der Reichswehr, besonders das Offizierkorps, die heimlich

Ja, wenn die internationale Armee im Dienst des Rechts und des Friedens eingesetzt wird! Aber wird das geschehen? Hat Frankreich etwas Derartiges vor? Wir haben keinen Grund, das anzunehmen. Wir haben überhaupt keinen Grund, von kapitalistischen Staaten zu erwarten, daß sie sich im Ernst an die von Frankreich propagierte Organisation des Friedens machen werden. Tun sie das aber nicht, so bedeutet die Konzentrierung der Macht in den Händen einer einzigen überstaatlichen Organisation nur ihre Konzentrierung im Dienst des Unrechts und der Ausbeutung.

Damit stehen wir bei dem entscheidenden Argument, das gegen TARDIEUS Plan vorzubringen ist. Es ist zugleich der Einwand, der auch dem energischen Protest Litwinows zu Grunde liegt. In der Hand von Räubern kann auch eine noch so einleuchtend und vernünftig begründete Machtorganisation zum Unheil der Beraubten ausschlagen. Den kapitalistischen Räubern gegenüber gibt es daher in Genf für Sozialisten keine andere Parole als die von den Russen ausgegebene: Zunächst einmal fort mit allen Waffen! Vollständige Abrüstung!

Auf die Frage TARDIEUS aber, wie denn unter völlig abgerüsteten Völkern auf die Dauer eine Sicherung des Friedens möglich sein soll, werden wir antworten, daß wir hierfür auf seinen eigenen Plan zurückgreifen werden. Schon unter den heutigen Verhältnissen werden wir dafür eintreten, die Abrüstung durch internationale Kommissionen überwachen zu lassen. Seine tiefe rechtliche Bedeutung aber wird der Plan der Friedenssicherung durch eine internationale Macht erst zeigen können innerhalb einer auf dem Rechtsgedanken aufgebauten sozialistischen Gesellschaft; erst dort ist es möglich, ihn aufrichtig durchzuführen.

mit den Nationalsozialisten sympathisierten und lediglich durch den militärischen Disziplinbegriff mit dem „Weimarer System“ verbunden waren, nunmehr offen von der letzten innern Fessel befreit, sich zu HITLER bekennen dürfen. Diese Situation hat zweifellos den Vorzug der Klarheit, den sonst das gesamte öffentliche Leben Deutschlands heute entbehrt. Ungeklärt dagegen bleibt die Frage, warum der Reichskanzler den Nationalsozialisten, die er noch vor zwei Monaten öffentlich bekämpfte, zu diesem großen Erfolg verholfen hat.

Wie die politische Schwenkung gewirkt hat, das konnte man schon an der republikanischen Presse ablesen. Sie verbannte ihre nicht allzu kräftigen Proteste auf die letzte Seite. Die Passivität des republikanischen Lagers ist erstaunlich. Darüber dürfen die Versuche der „Eisernen Front“, die „Rüstwoche“ und die Versammlungen des „Reichsbanners“ nicht hinwegtäuschen. Keine der Parteien, die sich aus Ueberzeugung zur demokratischen Vorfassung bekennen und die Regierung BRÜNING teils unterstützen, teils „tolerieren“, hat sich auf den Erlaß „GROENERS“ hin gerührt. Wenn sie es wagen, daß eine politische Frage erster Ordnung gegen sie entschieden wird, dann schlittern sie von einem „kleinen Uebel“ zum ändern in das „Dritte Reich“ hinein, das freilich sie nicht mehr „tolerieren“ wird. Kein Wunder, daß die Siegesversichert der Nationalsozialisten — trotz den Zerwürfnissen innerhalb der Harzburger Front — von Tag zu Tag steigt.

Solche Backpfeifen muß die Arbeiterschaft von dem linken Bürgertum einstecken. Denn es ist klar, daß BRÜNING selbst wenn er wollte, gegen die Herren Generale vom Reichswehrministerium nur dann etwas unternehmen könnte, wenn die Arbeiterschaft ihm dabei vorangehen würde. Aber BRÜNING hat natürlich auch kein Interesse an einem Sieg der Arbeiterschaft über Herrn GROENER und die anderen Generale.

Allerdings wird es eine Lebensfrage der Arbeiterschaft, sich gegen die Provokationen GROENERS zu wehren!

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Pöckelreiter-Verlag, Berlin

(37. Fortsetzung.)

„Das letzte Mal, jawohl!“, sagte Brandt herrisch, „das ist auch mein Wille. Aber dazu bedarf es keiner rohen Gewalt, dazu genügt das hohnvolle und verächtliche Nein unsrer vereinten Heere! Anders, Freunde, stellt ihr keine neue und anständigere Welt auf die Beine! Begreift ihr immer noch nicht den Sinn unsrer Aktion? Wir wollen Gewalt, Kanonen und Bajonette dem Gelächter der Welt preisgeben! Wir zerstampfen sie durch unsere höhere Moral, unsre größere Vernunft. Zwei sehr ungleiche Gewalten, die jetzt gegeneinander ins Feld geführt werden, aber ich zweifle keine Minute, wenn der Sieg zufallen wird.“

Rhées Augen glühen. Was geht eigentlich hinter der Stirn dieses Mannes vor? — denkt sie. In seiner Hand, wenn er will, hält er das Instrument, das ihn im Sturm auf den Gipfel hinaufträgt. Warum will er trotzdem seine Heere nicht zum Marsch ansetzen? Zittern ihm die Knie vor der großen Entscheidung? Fürchtet er sich vor dem Sieg, der ihn hoch über die Menschen emporheben soll? Diktator Frankreichs! Europas! — diese Vorstellung hat Rhée Landrux seit Jahren nicht mehr losgelassen. Sie wird ihm die Bügel zur Macht halten! Für die Krone, die er durch ihre Mithilfe gewinnt, muß er ihr danken, danken mit dem Gegengeschenk seiner Liebe. — Rhée hört nicht mehr auf das erregte Gespräch der Männer, sie spinnt sich in ihre kühnen Träume und Pläne ein. Ist Brandt ein Vorsichtiger? Sie muß lachen. Nein, vorsichtig ist dieser tollkühne Flieger nicht. Also ein halber Heiliger? Ein Gandhi des Westens? Oder ein Geribonier, der seine Maske nur solange aufbehält, bis er sie hohnlachend dem Menschen vor die Füße werfen kann: seht, ihr Idioten, ich hab euch alle genarrt! Europa gehört mir! Ihr wart mir alle nur Stufenleiter zur Höhe...!

Als Rhée den Kopf hochhebt, sieht sie den Italiener mit aufgestützten Händen am Tisch sitzen, Brandt mit Broucq im Türhaken verhandeln. Im nächsten Augenblick ist Brandt fort.

Pandrucci sieht mit enttäuschten Augen zu Broucq hin. „Wir Arbeiter in Italien können ohne den großen Impuls, wie ihn der Krieg brachte, nichts erreichen. Wir hausen in Katakomben, können uns nicht rühren. Die Massen sind verschüchtert. Wenn ihr jetzt den Erdball nicht zum Tanzen bringt, regiert bei uns die Herrenpeitsche weiter.“

Broucq läßt seine Körperwucht langsam in den Stuhl fallen. „Wir können uns keine Palastrevolution erlauben. Brandt muß die Führung behalten. Sonst laufen wir Gefahr, daß die Regierung uns zu Mus hackt.“

Rhées Augen umkreisen die beiden Männer. Sie lächelt in sich hinein. Sie ist sich längst darüber klar: einen Felsen, der sich schon drohend überneigt, kann man vollends stürzen....!

Auch die Genfer Ratsherren sahen den Felsen drohend überhängen.

Die blitzschnelle Ausdehnung des Balkanfunken zur Flamme, die schon halb Europa ergriffen, erlaubte kein Zögern mehr. Der Abbruch der Beziehungen zwischen Rom und Paris brachte einen lähmenden Barometersturz. In der Nacht zum 24. August ging ein entschlossener Funkspruch nach Paris, Rom, Belgrad und Tirana: Die vier Regierungen haben vorbehaltlos und unvorzüglich die feierliche Erklärung abzugeben, keinerlei militärische Vorbereitungen zu treffen und die getroffenen sofort wieder rückgängig zu machen.

In früher Morgenstunde, während in Paris das erste Duell zwischen Brandt und Saint Bricc stattfand, saß Capponi mit seinem Generalstabschef über ausgebreiteten Karten.

„Unmöglich!“ stellte der Duce zum drittenmal fest. Er wendete den Genfer Befehl hin und her. „Wer sich auf die Herren in Genf verläßt, ist verlassen. Mit Sophisterei schafft man nicht Notwendigkeiten aus der Welt.“

Die Antwort, die er nach Genf funken ließ, war wieder ein Ultimatum. „Italien fordert freie Hand zur Durchführung seines friedlichen Programms in Albanien. Die italienische Regierung betrachtet jede Sabotierung dieser Pläne als unfreundliche Einmischung in ihre Souveränität.“

Während der Duce seine Beratung mit dem Generalstabschef fortsetzte, wurde Herr Rimbot vorgelassen, er verlangte seine Pässe.

„Ihre Pässe, Herr Botschafter, liegen seit Mitternacht bereit“, empfing ihn der Duce. „Meine Geduld beginnt sich dem Ende zuzuneigen. Ihr südslawischer Bundesgenosse hat

vor achtundvierzig Stunden eins meiner Marineflugzeuge abgeschossen. Ohne unsre Herausforderung, bitte! Diese Nacht vernichtete ihr „Aiglon“ eins meiner Marinefahrzeuge. Ohne unsre Herausforderung, bitte! Italienisches Blut ist kostbar und unersetzlich! Es steht jetzt bei ihrer Regierung, ob die Dinge ihren harten Gang nehmen müssen.“ Capponi sprach ohne Schärfe, nur mit ernster Bestimmtheit.

Rimbot erwiderte mit der gleichen Festigkeit und Würde: „Frankreich wird den Weg wählen, der die Freiheit Europas verbürgt.“ Verneigte sich und ging.

An der Tür stieß er mit seinem deutschen Kollegen zusammen. Herr von Richter drückte ihm freundlich die Hand. Capponi ging dem Deutschen bis zur Mitte des Saales entgegen. „Sie bringen mir das Bündnis?“

Der Deutsche sah sofort die starr gewordenen Pupillen des Duce. „Meine Regierung gibt Ew. Exzellenz die feierliche Erklärung ab, daß sie gegen Italien keinen Akt der Unfreundlichkeit begangen wird, wenn es zwischen Frankreich und Italien zu erster Auseinandersetzung kommen sollte.“

Der Duce stand unbeweglich. Die Finger der herabhängenden Hände schlossen sich langsam zur Faust. „Das ist alles? Kein Akt der Unfreundlichkeit? Im Interesse Deutschlands hätte ich mehr erwartet.“ Im stillen dachte er: die Deutschen waren also doch keine Proußen mehr vom Schlage des großen Friedrich und Bismarck! „Hat ihre Regierung in Paris die entsprechende Erklärung abgeben lassen?“

„Soweit ich unterrichtet bin“, erwiderte der Deutsche, „wird meine Regierung in Paris nur das Versprechen der Neutralität abgeben.“

Der Duce hatte plötzlich gespitzte Ohren. „Nur“ Neutralität! Der Nachdruck lag hier auf dem Wörtchen „nur“! Berlin machte also keine Unterschiede! Nur der Fachmann konnte sie heraushören. Kein Akt der Unfreundlichkeit — das war Wohlwollen. In Paris versicherte man nur Neutralität, die man von heute auf morgen aufheben konnte, nicht wahr? Capponi lächelte viel freundlicher. „Ich verstehe den Unterschied, Herr Botschafter. Ich hoffe, das Negative ist der erste Schritt zum Positiven! Zum Akt der Freundschaft! Uebermitteln Sie bitte Ihrer Regierung meinen Dank.“

Der Duce sitzt wieder dem Generalstabschef gegenüber. „Haben Sie gut zugehört, General? Hier oben im Norden sind wir jede Sorge los! Hinter den Alpen wohnt ein Freund! Morgen unser Bundesgenosse!“

(Fortsetzung folgt.)

Fünf Tage freiheitlicher Kommunismus.

In der Madrider Zeitung „La Tierra“ (einer unabhängigen Tageszeitung) veröffentlicht der Chefredakteur des Blattes, der nicht zu den Anarchisten gehört, in der Nummer am 27. Januar einen Bericht über seine Erlebnisse unter den revolutionären syndikalistischen Arbeitern. Name und Adresse des Verfassers: **Chefredakteur von „La Tierra“, EDUARDO GUZMAN, Jardines 4, 6 y 8, Madrid.**

Der Appell.

Der Aufstand brach in Figols, Sonntag nachts, aus. PRIETO schlief ruhig, als eine Gruppe Arbeiter ihn aus dem Schlafe weckte. Es waren Grubenarbeiter des Ortes. Auch aus der Umgebung waren einige erschienen, nachdem sie sich für den Aufstand entschieden hatten. Einige Männer sprachen zum zukünftigen Führer:

„Der Moment ist gekommen, um in Figols die soziale Revolution zu machen. Wir wünschen, daß Du Dich an die Spitze stellst.“

PRIETO hat den Ruf von Tapferkeit und Mut. Die meisten Bergarbeiter befinden sich bereits auf der Straße. Die übrigen kommen auch bald nach. PRIETO tritt zu ihnen. Es sind rauhe Männer, in deren Augen das Feuer eines unerschütterlichen Entschlusses brennt.

Eine kurze Versammlung. Alle sind einig. Die ersten Lichtschimmer der Morgendämmerung überraschen einige entschlossene Gruppen, die in den Höhenzügen von San Cornelio die soziale Revolution einleiten.

Die Somaten, die Bürger, die eine Gefahr für die neu zu errichtende Gesellschaftsordnung sein können, müssen entwaffnet werden. Man teilt sich in Untergruppen. Auf einsamen Wegen begeben sich die Streifen zu den Feinden der sozialen Revolution, um ihnen die Waffen abzunehmen. Es sind keine Uebeltäter, sondern Entschlossene, die für den Sieg des freiheitlichen Kommunismus kämpfen wollen.

Der Direktor.

Niemand leistete Widerstand. Die Zivilgarde sieht ihre Ohnmacht ein und hat sich in ihre Kaserno zurückgezogen. Somaten und Bürgerwehren haben ihre Waffen abgegeben. Die bewaffneten Arbeiter sind absolute Herren der Lage. Endlich hat in einer Gemeinde zum ersten Male in der Geschichte Spaniens der freiheitliche Kommunismus gesiegt.

Jetzt beschließen die Arbeiter zum Direktor der Grube zu gehen. Der Herr Direktor hat gute Waffen. Doch es ist ein unbegabter, ungeduldiger und herrschsüchtiger Herr. Die Arbeiter, die seit einigen Jahren sein Regime ertragen hatten, können nichts Gutes über ihn sagen. Gelegentlich hat er selbst persönlich der Zivilgarde geholfen, einige Bergarbeiter brutal zu fesseln.

Hochmütig und stolz, solange er absoluter Herrscher war, fürchtet der Direktor jetzt die Rache der Arbeiter. Er glaubt, daß sie Vergeltung üben und ihn mitteillos umbringen werden. Da nun die Bergarbeiter mit PRIETO an der Spitze vor sein Haus kommen und die Abgabe seiner Waffen fordern, fragt der Direktor:

„Werden Sie mir mein Leben lassen?“

„Ja.“

„Es fällt mir schwer, das zu glauben. Geben Sie mir Ihr Ehrenwort, mich nicht zu töten?“

„Wir geben Ihnen unser Ehrenwort, daß Ihnen niemand ein Haar krümmen wird.“

Immer noch nicht ganz beruhigt, öffnet der Direktor die Revolutionäre treten ein. Im Hause befinden sich wertvolle Gegenstände und ein verhaßter Mann. Doch diese rauhen Arbeiter stellen die Reinheit ihrer Ideen über ihren Haß. Sie lassen den Direktor ungeschoren. Sie nehmen nur alle Waffen mit, die sie im Hause finden und gehen wieder weg. Aus ihrem Mund kommt keine Beleidigung, aus ihren Augen kein Haß und keine Verachtung. Jetzt, nachdem sie gesiegt haben und Herren der Lage sind, behandeln sie ihre Feinde so, wie sie selbst stets gewünscht haben, behandelt zu werden. Obwohl sie sicher sind, daß man ihnen gegenüber keine Menschlichkeit an den Tag legen wird, falls die Dinge sich zu ihren Ungunsten wenden würden, handeln sie nichtsdestoweniger menschlich.

Prieto.

Die Revolution ist im Anmarsch. Dort in der Ebene ist man dem Beispiel, das in den Bergen gegeben wurde, gefolgt. In Figols beginnt PRIETO, des Sieges sicher, das Leben der Gemeinde unter dem neuen Regime zu organisieren.

PRIETO ist die Seele der Bewegung. Von Sonntag bis Mittwoch hat er weder gegessen, noch geschlafen, noch auch einen Augenblick geruht. Er ist ein Mann von 43 Jahren, mittelgroß, und hiinkt etwas. Ein Kämpfer und Rebell, dem Verfolgungen und Gefängnisse nicht seine Hoffnungen aus der Brust gerissen haben; doch die durchgemachten Leiden bewirkten frühes Altern. Er ist vielleicht gar nicht einmal ein außergewöhnlich intelligenter Mensch und auch kein Philosoph der Revolution. Doch ein Arbeiter, dessen Inneres durch einen großen Glauben erleuchtet wird. Er ist aus dem Holze der Apostel geschnitten. Wie jener PETRUS, Fischer aus Galiläa, der die revolutionären Ideen JESU in der Welt verbreitete. Wie jener BAKUNIN, unaufhörlich im Kampfe gegen Ungerechtigkeit und Verleumdungen.

Wie jene — leidenschaftlich, unerschütterlich, mutig — ist PRIETO. Wenn er spricht, strömen aus seinem Munde keine wohlgeformten Worte, doch in seinen Augen brennt solch ein Feuer, in seinen Sätzen ist solch eine Ueberzeugungstreue, daß er auf die Arbeiter einen unverkennbaren Einfluß ausübt.

Auf seinen Schultern trägt er eine Kette von Verfolgungen, Einkerkierungen, Landesverweisungen und Mißhandlungen. Die letzten Mißhandlungen hat er erst neulich erdulden müssen, als er im September vorigen Jahres verhaftet und auf dem Schiffe „Lopez Antonio“ inhaftiert war.

Und dieser Mensch empfindet keinen Haß und hegt auch keinen Wunsch zur Vergeltung, nun, da er Herr der Lage ist. Er predigt den Frieden und die Achtung vor allem Lebenden. Als eine Gruppe von Bergarbeitern Schießübungen machte und sich einen Baum zur Zielscheibe auswählte, sagte PRIETO: „Nicht doch auf den Baum zielen, denn der hat auch Leben und empfindet. Zielt, wenn Ihr wollt, auf einige Steine oder in die Luft, doch nicht auf diesen Baum, denn ihr habt kein Recht, das Leben in ihm zu ertöten.“

Aus den Worten PRIETOS spricht eine große Liebe — fast buddhistische Liebe — zu allen Schöpfungen. Die Bergarbeiter hörten auf ihn, sie stellten einige Steine auf und zielten auf diese.

Pläne.

Die Kommune ist auf dem Marsche. Ruhig ziehen die Tage dahin und alles ist fast wie sonst. Doch vom Tale kommen keine Nachrichten. PRIETO geht aus, um Informationen zu holen. Er reist nach Barcelona, in die große revolutionäre Stadt, wo jede geistige Regung ein edelmütiges Echo findet.

Ruhig warten die Bergarbeiter auf seine Rückkehr. Inzwischen eifern sie sich gegenseitig an und schmieden Pläne. Einige haben zahlreiche Pläne. Die Grube ist sehr ergiebig. Was aus ihr gefördert werden kann, ist mehr als hinreichend, die Gemeinde zu erhalten, und es bleibt immer noch viel zurück.

Mit dem Ueberfluß kann viel für den allgemeinen Nutzen geschaffen werden. Zu allererst Schulen, wo die Kinder eine Kultur erhalten können, die ihnen, den Eltern, nicht gegeben wurde. Dann eine große Bibliothek, die alle benutzen können, um sich fortbilden zu können. Und dann Krankenhaus, Bäder u. s. w. u. s. w.

Die Phantasie vieler schäumt über und verwirklicht im Geiste mächtige Projekte. Niemand denkt an sein persönliches Interesse. Alle — durchdrungen von den Lehren des freiheitlichen Sozialismus — träumen von dem Wohle der Gemeinschaft.

Und während die Bergarbeiter träumen, herrscht in der Gemeinde vollständige Ruhe. Kein Streit, kein Zusammenstoß. Die Arbeiter sorgen für Aufrechterhaltung der Ordnung. Niemand kann sich über ein Unrecht beklagen. Man hat den Versuch einer anarchistischen Kommune unternommen, und die Arbeiter haben ein besonderes Interesse daran, daß alles aufs beste geregelt wird.

Der Sturz.

Doch die Wirklichkeit erhebt sich unversöhnlich gegen alle Pläne und Hoffnungen. Und die Wirklichkeit sieht so aus, daß außer in einigen Dörfern der Umgebung die soziale Revolution in Spanien nicht zum Durchbruch kam. Die Regierung bereitet Zivilgarde und Soldaten vor. Kanonen und Maschinengewehre, um die Revolutionäre niederzumachen.

Freitag morgen kommt PRIETO zurück, traurig und verzweifelt. In der Stadt hat die Bewegung kein Echo gefunden. Der Kampf ist bereits ins Stocken gekommen. Die Truppen rücken vor, und nicht lange wird es dauern, dann sind sie in Figols.

In San Cornelio, dem hoch gelegenen Teil von Figols, wo sich die Bergarbeiter verschanzt haben, gibt es mehrere Tonnen Dynamit und 400 Gewehre und Flinten. Auch Lebensmittel sind für mehrere Tage vorhanden, und die Bergarbeiter werden ihr Leben teuer zu verkaufen wissen, wenn es notwendig ist.

Doch alle Anstrengungen und der Kampf werden nutzlos sein. Nur unnützes Blutvergießen. Noch ist die Zeit nicht gekommen, um die soziale Revolution durchzuführen. Eine Anzahl Arbeiter und Soldaten würden ihr Leben opfern, ohne daß jemandem damit gedient wäre.

Man beschließt, keinen Widerstand zu leisten. Die Soldaten sind schon unten angelangt und haben bei der Gendarmeriekaserne ihr Lager aufgeschlagen. Man drängt zur Flucht der am meisten Kompromittierten. Freitag nacht vollzieht sich die Uebergabe, ohne daß es zu Kämpfen oder Zusammenstößen kommt, ohne daß ein Schuß fiel.

PRIETO begibt sich mit mehreren Genossen in die Berge. Alle sind nachdenklich, traurig und enttäuscht. Doch sie sind ruhig, denn sie hinterlassen keine Toten und keinen Haß.

Es ist ein langer, beschwerlicher, endloser Weg durch das Gebirge. Siebzehn Stunden Marsch ohne Unterbrechung, in beißender Kälte. Dann geht's mit Fuhrwerk und Eisenbahn der Grenze zu . . .

Sonnabend morgen, den 23. Januar, besetzten die Regierungstruppen, ohne einen Schuß abzufeuern, die Häusergruppe San Cornelio. Das revolutionäre Abenteuer, das vor sechs Tagen begonnen wurde, hat sein Ende gefunden.

Wie steht es um Indien?

M.S. Die Nachrichten kommen spärlich. Die Pressezensur arbeitet gut. Aber noch besser arbeiten die „Ordnungen“, die Ruhe auf den Straßen halten und die Haftbefehle der Regierung ausführen. Indien schweigt, weil über 60 000 Inder, darunter die Kongreßführer, in den Gefängnissen sitzen, weil der Kongreß aufgelöst ist und Versammlungen und Demonstrationen verboten sind.

Dennoch gelingt es, über England Nachrichten zu erhalten von den „Freunden Indiens“, einer Vereinigung, die jetzt im Februar die erste Nummer ihrer in Maschinenschrift erscheinenden Monatshefte herausgegeben hat — und von „wohlwollenden Unterhändlern“, die, wie der „Manchester Guardian“, das Interesse Englands wahren, indem sie England und Indien zur Vernunft raten.

Zu den „Freunden Indiens“ gehören vor allem Menschen, die GANDHI persönlich kennen und seiner Lehre ergeben sind. Sie waren in seiner Nähe auf der Londoner Konferenz. Diese Konferenz hat ihnen einen bitteren Geschmack auf der Zunge hinterlassen. Einer der Mitarbeiter schreibt: „Aus Gründen, die ich niemals verstanden habe, hat GANDHI seine Einwilligung zur Teilnahme an der Konferenz gegeben. Die Konferenz mußte scheitern, weil man es darauf abgestellt hatte, sie scheitern zu lassen.“ CHURCHILL hat über die sich erhebenden Inder gesagt: „Schlagt sie nieder!“ MACDONALD, der Klügere, hat geantwortet: „Töilt sie!“ Mit dieser Parole der Spaltung von Hindus und Mohammedanern hat er in London gesiegt. Inzwischen hatten die Anhänger CHURCHILLS in Indien gehandelt.

Der Privasekretär von GANDHI, MAHADEO DESAI, berichtet über die Heimreise der Delegation. Noch in Aden waren GANDHI und seine Freunde von der Hoffnung erfüllt, der allindische Kongreß werde mit der englischen Regierung über die Ergebnisse der Konferenz verhandeln können. Stärker als diese Hoffnung war die Freude, bald die Mitglieder des Kongresses wiedersehen zu können: NEHRU, PATEL, und all die „Kongreß-Götter“. „Als das Schiff beilagte, strengten wir unsere Augen an, unsere Freunde unter den Massen herauszufinden. Die Menge kam an Bord; unter ihnen PATEL, der Vorsitzende. Aber Einer fehlte: NEHRU.“ Er war verhaftet worden, nur weil er — der Generalsekretär des Kongresses — zur Begrüßung GANDHIS nach Bombay hatte fahren wollen.

Dann kamen die anderen Nachrichten: Von den Schießereien in Peshawar, wo 11 getötet, 46 verwundet worden waren; von der Verhaftung ABDUL KHANS, des Führers der mohammedanischen Rothemden. „In Peshawar soll Terror herrschen. Nicht ein einziger Beamter hatte sein Leben verloren; ein paar Steine waren von der Menge geworfen worden. . . Sie schaffen die Wüste und nennen es Friede.“

Ueber die angebliche Demonstration der Parias gegen GANDHI bei seiner Landung sagt DESAI, daß Provokateure den Auftrag erhalten hatten, diese „Pari-Demonstration“ aufzuführen.

Bald sah GANDHI selber, was aus Indien während seiner Abwesenheit geworden war. Trennung der Städte vom Land; Kongreßmitglieder ohne die Möglichkeit, zueinander zu kommen (Wagen zu nehmen, war ihnen verboten); das Tragen der selbstgewebten Kleider, ein Anlaß zur Mißlieblichkeit; in den Dörfern Polizisten, die die Steuern eintrieben. Aus Bengalen war ein Jagdgebiet geworden; Jagd auf Menschen. Zwei Engländer waren getötet worden — dafür mußte ein Volk sterben.

GANDHI verhandelte mit dem Vizekönig durch Telegramme. Der Vizekönig forderte, GANDHI solle sich von denen lossagen, die den Aufstand in Indien guthießen. GANDHI forderte Zurückziehung der Polizeitruppen. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos. Der Kongreß wurde aufgelöst. PATEL

wurde verhaftet. Wenige Tage später, am 4. Januar, war auch GANDHI im Gefängnis.

Indien antwortete mit der Boykottbewegung. Ueber deren Erfolg berichten englische Blätter, wie der „Daily Express“: „Der Boykott wird zu 95 Prozent durchgeführt und bereitet dem britischen Handel unermesslichen Schaden.“ Einer der größten Speicherbesitzer in Bombay schreibt am 16. Januar, daß sein Umsatz auf die Hälfte gefallen sei. Am 18. Januar schreibt der Korrespondent der „Daily Mail“, daß der Erfolg des Boykotts die machtvollste Waffe in den Händen des Kongresses sei, durch die er viele Schwankende beeinflusse, die sonst die Politik der Regierung unterstützten hätten.“ Und zwei Tage später: „Der Boykott wird immer besser organisiert, und wenn die Regierung nicht die Macht, die sie hat, stark einsetzt, wird der Boykott wesentlich schärfer werden.“

Aber es scheint, daß der Warenstreik nicht die einzige Antwort auf Englands Gewalttätigkeit ist. Ein Mohammedaner, der in der SIMON-Kommission mitgearbeitet hat, schreibt: „In keinem Gebiet der Welt gibt es solch würgende Gesetze wie in der Grenzprovinz. . . Ich zweifle keinen Augenblick, daß die Verzeigung, die durch diese Unterdrückungspolitik erzeugt wird, GANDHI und alle anderen hinwegfegen und den Weg freimachen wird für die zum äußersten entschlossene Jugend des Landes. . .“

Am 10. Februar äußert sich der Spezialberichterstatter des „Manchester Guardian“ über die Regierung, die Aussichten des Kongresses und die radikalen Bewegungen in Indien. Er fürchtet, daß der Vizekönig schlecht beraten sei. „Lord WILLINGDON'S Ratgeber meinen, sie könnten durch festes Zugreifen den Kongreß endgültig zerschlagen. Die Öffentlichkeit spürt das, und mancher, dem der Kongreß und seine Taktik schon längst über war, wird wieder kongreßfreundlich aus purer Gefühlsaufwallung, weil er sieht, wie hier ein Vorteil (von seiten der Regierung) schamlos ausgenutzt wird. Die indische Nationalbewegung ist nur unter die Erde gescheucht worden. Hier unterwärts herrscht erhöhte Aktivität. . .“

Bombay, eine stolze Stadt, . . . wird behandelt wie ein ungezogenes Kind, nur, weil die Regierung die Geduld in einer Provinz (Bengalen) verloren hat, die tausend Meilen weit weg ist. . . Hier in Bengalen fürchten die Engländer, daß die Kongreßmitglieder mit Terroristen Fühlung haben. . . Wenn in Bengalen nicht bald etwas geschieht, so können wir es uns bald überhaupt schenken, irgendwo in Indien noch irgend etwas zu unternehmen. Bombay hat eine wachsende kommunistische Bewegung, die gegen den Kongreß ist. . .“

Die englische Regierung hat ein Recht, gegen den Anspruch des Kongresses auf Gleichheit oder gar auf ein höheres Ansehen als das der Regierung zu kämpfen. Aber der Versuch, den Kongreß zu vernichten, ist der Weg, der sicher zum Verderben führt.“

Wir sehen, daß kritische Stimmen laut werden, die vor der politischen Radikalisierung Indiens warnen, die raten, es nicht mit den milden Sitten des Kongresses zu verderben. Der Kampf mit den radikaleren Teilen des Volkes könnte härter werden, — selbst wenn sie in Waffen ungeübt sind —, als es die Baumwollkönige in Manchester für ihren Handel wünschen.

GANDHI und NEHRU, die großen Wortführer der Massen im Gefängnis, der indische Bauer und Arbeiter unter der Fuchtel der Polizei — die Verhältnisse reifen vielleicht schneller, als MACDONALD vorausgesehen hat, der noch glaubte, durch die Verfeindung zweier Religionsbekenntnisse die eigene Herrschaft befestigen zu können. Diese Aussichten bedeuten keine Verbesserung der Lage, sondern eine Verschärfung der Gegensätze. Vielleicht ist diese Situation im Interesse der CHURCHILL-Politiker, da es sie von manchen Rücksichten entbindet, die sie gegenüber dem Indien GANDHI bisher nicht fallen zu lassen wagten.

Eine interessante Betriebsratswahl.

W. S. Der Sieg der freien Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen der Enzinger-Union-Werke in Pfeddersheim (Kreis Worms) verdient deshalb besonderes Interesse, weil bei dieser Wahl die Nazis mit einem außerordentlichen Aufwand an Propaganda arbeiteten. Dennoch ist das Wahlergebnis: fünf Freigewerkschaftler, ein Nazi. (Vorher: Freie Gewerkschaften vier, Hirsch-Duncker zwei.)

Die Nazis gaben wiederholt Wahlzeitungen heraus. Da hieß es zum Beispiel: „Wie stellt sich ADOLF HITLER zum Streik?“ Antwort: „Die HITLER-Bewegung anerkennt der Arbeiterschaft das Recht des Streiks...“ (Nach dem Boxheimer Dokument sollen Streikende erschossen werden.) „Wie stellt sich ADOLF HITLER zum Lohnabbau?“ Antwort: „Die Arbeiterschaft hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, gegen Lohnabbau zu kämpfen.“ „Wie stellt sich ADOLF HITLER zu den Gewerkschaften?“ Antwort: „Die HITLER-Bewegung ist nicht gegen die Gewerkschaften. Der Kampf der HITLER-Bewegung richtet sich nur gegen den klassenkämpferischen Geist der Gewerkschaftsführer.“

Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Berlin, 12. Februar. Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm einige, von den Sozialdemokraten beantragte, Änderungen der Notverordnung über das Aktienrecht, vom 19. September 1931, an. Wichtig ist die mit zwölf Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und einiger christlich-sozialer und Zentrumsvertreter gegen neun Stimmen angenommene Änderung, wonach die Betriebsratsmitglieder auch an den Sitzungen der vom Aufsichtsrat einer AG eingesetzten Ausschüsse teilnehmen können.

Bereits auf Grund des Betriebsrätegesetzes waren die Betriebsräte in den Aufsichtsräten vertreten. Die Unternehmer pflegten sich jedoch der Kontrolle durch die Betriebsräte zu entziehen, indem sie wichtige Besprechungen in die Ausschüsse verlegten, zu denen die Betriebsratsvertreter keinen Zutritt hatten. Diese Ausweichmöglichkeit wird den Unternehmern entzogen sein, wenn auch der Reichstag die neue Bestimmung annimmt, die der Rechtsausschuß heute beschlossen hat.

Gelungene Provokation.

E. Sch. Am 9. November 1931 hatten Nationalsozialisten am Kriegerdenkmal in Wattenscheid bei Bochum einen Kranz mit roter Schleife und Hakenkreuzen niedergelegt. Als Kommunisten und politisch Indifferente sich von dieser Provokation überzeugen wollten, kam es zu Zusammenstößen und zu — jedoch ungeführlichen — Körperverletzungen.

In dem Gerichtsverfahren am 11. Februar waren zwölf Kommunisten und ein „Reichsbanner“-mann wegen Landfriedensbruchs angeklagt, während die Nationalsozialisten als Zeugen vereidigt wurden, obgleich sie nachweislich mit Stöcken und anderen Schlagwerkzeugen bewaffnet gewesen sind und auch geschlagen haben.

Der Staatsanwalt vertrat die Auffassung, daß die bloße Anwesenheit einiger Angeklagter am Tatort, ohne den Nachweis eines irgendwie gearteten Mitwirkens an etwaigen Gewalttätigkeiten, ausreichend sei, die Bestrafung wegen Landfriedensbruchs zu begründen. Dem entgegen die Verteidigung mit Recht, daß einer solchen Auffassung nach sämtliche fünfzig Zeugen und alle zufällig auf dem Platz Anwesenden sich des Landfriedensbruchs schuldig gemacht haben würden.

Von den dreizehn Angeklagten wurden fünf freigesprochen, die anderen erhielten Gefängnisstrafen von drei bis zu zehn Monaten.

Revision im Calmette-Prozeß.

Lübeck, 12. Februar. Wie wir erfahren, hat die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil im Lübecker Prozeß, durch das Professor DEYCKE zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und Obermedizinalrat Dr. ALTSTÄDT zu einer solchen von einem Jahr und drei Monaten verurteilt wurde, Revision eingelegt. Die Revision bezieht sich gleichzeitig auf die Freisprechung des Angeklagten Professor Dr. KLOTZ.

ISK

7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANI über

Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERT:

Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus

THEODOR HÜPEDEN:

Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale marschiert:

England: Die Bilanz von 10 Jahren.

Holland: Das konfessionelle Schulwesen.

Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.

Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Einbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD. Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

National-Kommunismus.

E. St. Hamburg, den 11. Februar.

In einer Hamburger kommunistischen Studentengruppe sprach der von den Nazis zur KPD übergetretene Graf STENBOCK-FERMOR über das Thema: „Mein Weg vom Faschismus zum Sozialismus“. Der Graf sagte: Wir müssen versuchen, den Nationalismus als Glied einer Entwicklungsreihe zu sehen; in diesem Sinne bedeutet er einen Fortschritt. Er ist von uns zu begrüßen als ein Auflösungsprozeß des Bürgerturns. Der Schritt vom Nationalsozialismus zur KPD ist leichter als z. B. von der Staatspartei zur KPD. Das beweisen Leute wie Scheringer, Bruno von Salomon, der Redner selber u. a. Diese Leute sind deshalb zur KPD übergetreten, weil sie erkannt haben, daß auch von hier aus die nationale Befreiung erkämpft werden kann. Wir, die Kommunisten, sind keine vaterlandslosen Gesellen: wir wollen uns unser Vaterland erkämpfen. Nationalstolz und nationale Befreiung stehen nicht im Widerspruch zum internationalen Klassenkampf. Nur durch soziale Befreiung kommen wir zur nationalen Befreiung Deutschlands; denn ein kapitalistisches Deutschland wird immer nur die Rolle einer Kolonie der Weltmächte des Westens spielen. Deutschland kann seine nationale Befreiung nicht allein durchführen; es muß sich Bundesgenossen suchen. England ist durch seine Kolonialpolitik gebunden. Italien wird auch nicht gewillt sein, bleibt also nur Rußland. Und mit ihm ist ein Bündnis nur möglich, wenn zuvor der Kapitalismus in Deutschland beseitigt wird. Deshalb geht die nationale Befreiung nur über den Weg der Errichtung des Sozialismus in Deutschland. Nationalisten, brecht zu uns durch!

Zu diesem national-kommunistischen Irrsinn führte ein Diskussionsredner aus: Die Folge einer solchen Haltung der KP ist Verwirrung in der Arbeiterschaft, wie bereits einmal der faschistisch-kommunistische „Rote Volksentscheid“ gezeigt hat. Wir dürfen diesen Fehler nicht wiederholen. Eine klare Aufreißung der Fronten ist notwendig, damit nicht die Parole der Nationalen Befreiung über die der Weltrevolution siegt.

Was antworteten ihm die Kommunisten darauf? „Das sind typische Äußerungen eines Trotzlisten! Abtreten!“

Versammlungsverbot für KPD und NSDAP angedroht.

Berlin, 12. Februar.

Der Polizeipräsident hat folgendes Schreiben an die KPD und die NSDAP gerichtet: „Die Vorgänge in den letzten Tagen haben erkennen lassen, daß von Seiten Ihrer Parteiangehörigen planmäßig öffentliche politische Versammlungen anderer Parteien gestört und die Abhaltung der Versammlungen zum Teil unmöglich gemacht worden ist. Sollten sich diese Vorfälle wiederholen, so sehe ich mich genötigt, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, die öffentlichen Versammlungen, die von Ihrer Partei beabsichtigt werden, vorübergehend zu verbieten, da erwartet werden kann, daß durch das Abhalten Ihrer Versammlungen weitere Gefahren für die öffentliche Sicherheit eintreten werden.“

Quittung

über Spenden für den Pressefonds:

K. S. in G. 2.— M. A. S. in G. 5.— M. E. S. in G. 10 M; M. K. in G. 10.— M. H. O. in G. 5.— M. Sch. in E. 2,50 M; G. B. in E. 2,50 M; Sammlung in G. 7,06 M; O. W. in G. 10.— M; E. M. in K. 5.— M; W. A. in V. 5.— M; A. St. in H. 10.— M; E. G. in H. 3.— M; B. und K. in H. 76,50 M; A. B. in K. 5.— M; G. E. in K. 5.— M; H. E. in K. 10.— M; T. H. in K. 25.— M; H. B. in M. 50.— M; E. H. in M. 2.— M; E. H. in M. 1.— M; G. A. in M. — 50 M; E. M. in M. 1.— M; A. P. in M. 10.— M; L. L. in M. 3.— M; L. K. in M. 10.— M; H. S. in M. 5.— M; L. W. in M. 10.— M; A. B. in C. 5,28 M; P. G. in B. 3.— M; W. in M. 12,10 M; W. L. in F. 5.— M; E. A. Sch. in D. 2.— M.

Wir danken allen Spendern herzlich, weitere Spenden sind sehr erwünscht.

Wer finanziert den „Funken“?

Die Frage der Finanzierung einer Arbeiterzeitung, die gegen Kapitalismus und andere Reaktion auftritt, ist nicht leicht zu lösen. Man hat deshalb oft gefragt, wie der „Funke“ finanziert wird. Wir sind weit davon entfernt, in bezug auf diesen Punkt beruhigt zu sein — wie unsere Bitten um Stärkung des Pressefonds wohl deutlich genug beweisen. Immerhin möchten wir hier im folgenden einen kleinen Fingerzeig geben, der unseren Freunden zeigt, wer den „Funken“ unterstützt und auf welche Kräfte der „Funke“ rechnet. Wir haben folgenden Brief erhalten:

„B. . . . den 4. Februar 1932.

Lieber Willi Eichler!

Wir können Dir in den kommenden Monaten nicht, wie bisher, 5 Mark für Deine Zeitung schicken. Seit dem letzten Januar gehören wir wieder zu den staatlichen Unterstützungsempfängern. Unser Monatseinkommen beträgt nur noch 60 Mark. Davon können wir nicht mehr als 2 Mark erübrigen. Diese 2 Mark schicken wir Dir gern und hoffen, daß der „Funke“ trotzdem weiterbesteht.

Mit freundlichem Gruß A. und J. K.“

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonntag, den 14. Februar.

Berlin:

20.00 WAGNER-Abend aus der Philharmonie.

Königswusterhausen:

19.00 Prof. POPITZ: Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

19.25 Junge Generation spricht: Sollen wir heute noch einen Beruf erlernen?

Langenberg:

18.30 P. BOROWSKI: Gedanken zur Abrüstungs-Konferenz. (Vergl. dazu: „Der Funke“ Nr. 12, 35 und 38.)

Mühlacker:

11.30 Dr. WEISS: Wie steht es um Deutschlands Nahrungs-freiheit?

17.35 Dr. G. WEGENER: Die Mandchurei.

München:

20.00 Populäres Konzert.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Die Kommunalwirtschaft im Dienste des Proletariats.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellschuld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer.

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVa, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Doppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Kohlen-Bust

Liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand

Zentrale und Hauptlagerplatz

Berlin N 53, Schwedter Str. 83

Verkaufsstellen:

1. N 53, Schönhauser Allee 48

2. N 58, Pappel-Allee 57

3. C 25, Prenzlauer Straße 9

4. NO 18, Wasmannstraße 10 A

5. NO 43, Lietzmannstraße 16/17

Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen

D 4 Humboldt 3062

Schreib- u. Rechenmaschinen

Gelgenheitskäufe sowie

Reparaturen und Reinigung billigt

Schreibmaschinenarbeiten

M. THOR, Wallstraße 90/91

Telephon: A 6 Merkur 3536.

Kauf

bei den Inserenten des

„Funken“!

Apfelsaft

naturrein und ungegoren,

hervorragend zur Frühjahrskur,

bestes Tafelgetränk

10 Flaschen RM 5,40

Versand per Bahn

Frischkost-Reformhaus

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104.

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29

Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

druckt

Flugblätter,

Zeitungen,

Zeitschriften

und jede Art

Geschäfts-

drucksachen

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung

Werbt Abonnenten!

Sammelt Anzeigen!

Bevorsugt bei Einkäufen

unsere Inserenten!

Henri Barbusse

DIE HENKER

Einzig berechnete Uebersetzung. Von Heinrich Nelson. 143 Seiten. Mit 2 Landkarten. Preis: Brosch. 3,90 RM.

Dieses Buch rührt an dein Gewissen!

Barbusse berichtet als Augenzeuge aus der Hölle Europas: „Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland sterben am weißen Terror.“

„Denen die fragen: Ist es wahr? muß man antworten: Die Wahrheit ist schlimmer!“

Verlag „Öffentliches Leben“. Berlin S 14

Frankreichs neues Wahlgesetz.

Aktives und passives Wahlrecht für die Frauen.

Paris, 12. Februar.

Von Freitag morgens 5 Uhr bis 13 Uhr dauerte die Kammeraussprache über die Wahlreform. Um 11 Uhr vormittags erfolgte die entscheidende Abstimmung. Die linke Opposition verließ unter der Aufforderung des radikalsozialistischen Parteiführers HERRIOT vorher den Saal. Daraufhin wurde die Wahlreform mit 311 Stimmen gegen 4 Stimmen angenommen. Der neue Artikel lautet: „Die Mitglieder der Kammer werden in einem einzigen Wahlgang gewählt. Derjenige Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt hat, gilt als gewählt. Im Fall der Stimmengleichheit gilt der ältere Kandidat als gewählt.“

Ferner nahm die Kammer mit 319 gegen eine Stimme den Vorschlag an, den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu erteilen.

Dem Sieg der Mehrheit über die Opposition kommt insofern nur eine taktische Bedeutung zu, da das Schicksal der Vorlage noch vom Senat abhängt, von dem versichert wird, daß er sich gegen das Wahlgesetz aussprechen wird.

NS zur Präsidentenwahl.

München, 13. Februar.

In einer NS-Versammlung erklärte hier der Münchener nationalsozialistische Stadtrat ESSER, daß er sich von HITLER telephonisch die Ermächtigung geholt habe, offen zu erklären, daß die Nationalsozialisten bei der kommenden Wahl ihre Stimmen solange HINDENBURG nicht geben würden, als dieser an Dr. BRÜNING als Kanzler festhalte.

(In gleichem Sinne äußerten sich GÖRING in einer NS-Versammlung in Berlin und GOEBBELS in Hannover. Red.)

Dresden, 13. Februar.

Oberfinanzrat BANG (DNVP) in einer Versammlung in Dippoldiswalde: Es sei für die Deutschen unmöglich, Arm in Arm mit DEIMLING, HEILMANN und Genossen an der Wahlurne zu erscheinen. Ganz sicher sei eins: daß bei einem endgültigen Wahlgang das gesamte nationale Deutschland als geschlossene Einheit in den Kampf ziehen werde.

Zu dem Thema: Todesstrafe.

Berlin, 11. Februar.

In einer Veranstaltung der Deutschen Liga für Menschenrechte sprachen Oberstudiendirektor Dr. KAWERAU, Redakteur ZEITZ vom „Berliner Tageblatt“ und die Rechtsanwälte Dr. HERBERT FUCHS und REIWALD zu dem Thema „Die Kriminalität der Jugend und die Arbeitslosigkeit“. Die Redner nahmen bezug auf den Raubmörder REINS, der im Dezember vorigen Jahres wegen des Raubüberfalles auf den Geldbriefträger SCHWAN zum Tode verurteilt wurde, und den nur die Arbeitslosigkeit zum Verbrechen getrieben habe. Die vier Redner erklärten, daß die Arbeitslosigkeit die Hauptverantwortung für die Zunahme der kriminellen Vergehen bei Jugendlichen trage. Rechtsanwalt Dr. HERBERT FUCHS, der Verteidiger des Raubmörders REINS, teilte in der Versammlung mit, daß er die Revision gegen das Todesurteil zurückgezogen habe, damit das Gnadengesuch, das er für REINS beim preussischen Staatsministerium eingereicht habe, noch von der derzeitigen Regierung erledigt werde, die der menschlichen Verirrung REINS ein wohlwollenderes Verständnis entgegenbringe, als eine kommende Regierung es tun würde.

Bayerischer Staatshaushalt.

München, 12. Februar.

Das neue bayerische Finanzgesetz setzt die Ausgaben und Einnahmen im ordentlichen Staatshaushalt auf insgesamt 641,6 Millionen fest, im außerordentlichen Staatshaushalt auf 15,2 Millionen. Die aufgenommenen Anleihen betragen 276,6 Millionen, die kurzfristige Verschuldung 100 Millionen.

Der Kampf der englischen Baumwollarbeiter.

H. M. Seit drei Jahren kämpfen die englischen Baumwollarbeiter gegen Unternehmer, die das „Acht-Webstuhl-System“ einführen wollen. Dies System sieht vor, daß jeder Weber nicht vier, sondern acht Webstühle bedienen soll. Die Unternehmer behaupten, daß sie die ihnen verlorengewonnenen Märkte nur zurückgewinnen könnten, wenn ihre Produktionskosten gesenkt würden; die Erhöhung der Arbeitsleistung der Weber erscheint ihnen als das beste Mittel hierzu. Die Arbeiter dagegen wollen verhindern, daß die Arbeitslosigkeit noch weiter steigt. Viele Streiks und Aussperrungen haben bereits stattgefunden. Bisher haben die Gewerkschaften den Forderungen der Unternehmer nicht nachgegeben, während diese nach wie vor auf Durchführung des „Acht-Webstuhl-Systems“ bestehen. Einzelne Unternehmer haben gemeint, daß ihre eigenen Organisationen nicht energisch genug durchgriffen, daß sie selber mit ihren Arbeitern besser fertig werden würden. Und in der Tat: einigen gelang es, meist nach langen Verhandlungen und Kämpfen, sich mit den Arbeitern ihres Betriebes zu „einigen“. Sie „einigten“ sich entweder darauf, daß jeder Weber 6 oder 8 Webstühle bedient, oder daß die Arbeiter länger oder zu niedrigeren Löhnen arbeiten, als der Tarifvertrag vorsieht. Je mehr Unternehmer mit dem Tarifbruch Erfolg hatten, desto mehr bemühten sich die andern, ihrem Beispiel zu folgen. In manchen Wochen versuchten 19 bis 20 Fabriken auf einmal, die Arbeitsbedingungen der Weber zu verschlechtern. In vielen Fällen drohten die Unternehmer mit Stilllegung der Fabrik für den Fall, daß ihre Forderungen nicht angenommen würden. Oft gaben die Arbeiter nach. Die Folge davon war, daß diese Kollegen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden.

Der Kampf um das „Acht-Webstuhl-System“ ist besonders scharf in Burnley, weil dort zumeist glattes Tuch gewebt wird, wobei das neue System besonders leicht anwendbar ist. In dieser Stadt haben 23 Fabriken den Tarifvertrag gebrochen. Es bestand die Gefahr, daß die Gewerkschaften völlig die Zügel aus der Hand verlieren würden, daß die Tarifverträge zu einem Fetzen Papier würden, der praktisch nirgends Bedeutung hat. Die Gewerkschaften schritten ein, um hier Ordnung zu schaffen. Es handelte sich hier weniger um die Abwehr des „Acht-Webstuhl-Systems“, als um die grundsätzliche Aufrechterhaltung der Tarifverträge. Die Gewerkschaften forderten einen Mindestlohn von 50 Schilling die Woche für Arbeiter, die glattes Tuch weben. Diese Forderung wurde von den Unternehmerverbänden zurückgewiesen. Am 21. Januar wurde eine Umfrage in allen Bezirken der Weber-Gewerkschaft in Gang gesetzt, um festzustellen, ob die Gruppen der Webern in Burnley im Falle eines Streiks finanziell helfen würden. Die Unterstützung seitens der Gewerkschaft wurde der Ortsgruppe in Burnley zugesagt. Am 23. Januar wurden in Burnley Stimmzettel verteilt, um festzustellen, ob die Weber für einen Streik zur Durchführung der gewerkschaftlichen Forderungen seien. Die Urabstimmung ergab das Resultat:

Für Streikaktion	16 618
Gegen Streikaktion	1 908
	18 526
Zahl der ausgegebenen Stimmzettel .	25 000

Diese Abstimmung reichte aber nicht hin, um die Durchführung des Streiks zu sichern; denn die Arbeiter der Webereien, in denen der Tarif gebrochen worden ist, sind ja zum großen Teil aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden; sie haben also an der Abstimmung nicht teilgenommen; ebenso haben die arbeitslosen Kollegen sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

Die Unternehmer fürchten den Streik: schon die bloße Gefahr, daß ein Streik zustande kommen könnte, veranlaßt ja die Käufer, ihre Bestellungen an andere Bezirke zu vergeben. Nach Bekanntwerden der Ergebnisse der Abstimmung begannen die Verhandlungen von neuem, waren aber wiederum ergebnislos. Daraufhin haben die Gewerkschaften beschlossen, daß am 8. Februar in den 23 Fabriken, die

den Tarifvertrag gebrochen haben, gestreikt werden soll. Diese Fabriken verfügen beinahe über die Hälfte der in Burnley in Betrieb stehenden Webstühle. Auf die Durchführung eines allgemeinen Weberstreiks ist verzichtet worden. Wie unter diesen Umständen zu erwarten ist, scheint der Streik im Sande zu verlaufen. Die Arbeiter der 23 Fabriken haben keineswegs die Arbeit geschlossen niedergelegt. Nur 11 Webereien liegen völlig still, 3 weitere teilweise, 5 Fabriken, in denen das „Acht-Webstuhl-System“ eingeführt ist, und 4 Fabriken, in denen noch zu den alten Bedingungen gearbeitet wird, merken gar nichts von dem Streik. Die Gewerkschaften schätzen die Zahl der Streikenden auf 5000, viel zu wenig für einen erfolgreichen Kampf. Auch für die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen mit den Unternehmern ist die Lage der Gewerkschaften jetzt ungünstiger als vor Beginn des Streiks, da die Unternehmer gesehen haben, daß der Aufruf der Gewerkschaften nur einen spärlichen Widerhall fand.

Die Aussicht auf Erfolg in diesem Streik ist also nur gering. Der entscheidende Grund hierfür ist nicht, daß nicht alle Baumwollarbeiter in Burnley streiken. Auch ein Teilstreik, der streng durchgeführt wird, könnte genügen, die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen; denn die Unternehmer müßten fürchten, daß die Aufträge, die sie sonst erhalten hätten, an ihre Konkurrenten vergeben werden.

Wie wird aber der Teilstreik in Burnley geführt? Nur etwa 5000 Arbeiter streiken. Eine Fabrik wird geschlossen, die andere mit Hilfe von Streikbrechern wieder geöffnet. Bürgerliche Zeitungen berichten, daß Weber, die in solchen Fabriken arbeiten, von Streikposten kaum „belästigt“ werden. Man hat hier nicht den Eindruck, daß die Forderungen der Arbeiter durchgekämpft werden. Auch die Unternehmer werden diesen Eindruck nicht haben und werden die Verhandlungen entsprechend führen.

Dabei kann von dem Erfolg gerade dieses Kampfes viel abhängen, soviel, daß ein allgemeiner Baumwollarbeiterstreik darum geführt werden müßte. Es geht um die Frage der Einhaltung der Tarifverträge. Es handelt sich nicht allein um den Vertragsbruch von 23 Fabriken in Burnley, sondern darum, zu verhindern, daß die Unternehmer allgemein Tarifverträge wie einen Fetzen Papier behandeln.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Leipzig: Montag, den 15. Februar, 20 Uhr, Volkshaus Zeitzer Str. 23. Thema: Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl.

Braunschweig: Dienstag, den 16. Februar, 20.15 Uhr, im „Handelshof“, Lessingplatz 5. Thema: Thälmann-Hitler-Hindenburg? Der Kampf um den Posten des Reichspräsidenten.

Hamburg: Freitag, den 19. Februar, 20.15 Uhr, Volksheim Eimsbüttel, Eichenstr. 61. Thema: Wie schaffen wir die Einheitsfront der Arbeiterklasse?

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

Die richtige Antwort.

P. K. In Worms bemühte sich ein katholischer Pfarrer um die katholischen Kinder, die der „Kinderfreunde“-Bewegung angehören. Er besuchte sie im Religionsunterricht und machte ihnen Vorwürfe. Die „Kinderfreunde“ seien gottlos und gegen das Christentum. Er stellte an die Kinder die Forderung, aus der „Kinderfreunde“-Bewegung auszutreten und gute Katholiken zu sein. Für den Fall, daß die bloße Mahnung nichts nütze, drohte der Herr Pfarrer damit, den ungehorsamen Kindern die Kommunion zu verweigern. Die Kinder sollten schließlich von ihren Eltern einen Zettel unterschreiben lassen, ob sie zu den „Kinderfreunden“ gehen wollen oder gute Katholiken werden wollen.

SAJ und „Kinderfreunde“ beantworteten die Einnischung des Pfarrers mit etwa 10 Kirchenausritten.

Yen und Sato vor dem Völkerbundsrat.

R. B. Wieder einmal steht der japanisch-chinesische Konflikt zur Debatte. Vierzehn Ratsmitglieder sind versammelt. Der Chinese sitzt nicht weit von dem Japaner entfernt.

Der Chinese steht auf beim Sprechen; denn der Saal ist groß, und 400 Journalisten lauschen auf das, was er zu sagen hat. Er spricht Englisch, leise; es ist ja keine Versammlung; er gibt nur einen Rat. Er spricht über Bomben und Flugzeuge, über japanische Kreuzer, die nach Schanghai fahren, über Tote, über den Krieg. Seine Stimme ist ruhig; manchmal klingt sie nach beherrschter Empörung: „Im Namen der Gerechtigkeit . . .“ — Alles ist still, zu still. Der Vertreter Groß-Britanniens beobachtet ununterbrochen den Japaner SATO, dessen Gesichtszüge unbeweglich sind.

Als YEN fertig ist, spricht der Japaner von seinem Platz aus. Er spricht sicher, obwohl er die Sätze suchend formuliert. „Wir verhandeln. Ich kann Sie versichern, daß die Verhandlungen auf gutem Wege sind. . . Wir wollen eine neutrale Zone haben. . . Meine Regierung hat nicht die Absicht, den Krieg weiter zu führen.“

Die Journalisten lächeln. SATO wendet ihnen langsam sein Gesicht zu; sein Ausdruck verändert sich nicht. Dann wendet er sich von ihnen ab und fährt fort: „Ich hoffe, daß die Sache sich bald arrangieren wird und daß . . .“

Die Atmosphäre ist eiskalt geworden. Es liegt ein schrecklicher Druck über dem Saal. Der Vorsitzende fragt leise den Vertreter Groß-Britanniens, ob er imstande sei, irgendeine Auskunft über die Schritte der Großmächte zu geben.

SIMON, Englands berühmter Anwalt, bleibt sitzen und antwortet langsam: „Die Verhandlungen sind im Gang. . . Ich bin sicher, daß wir alle mit Befriedigung gehört haben, Japan werde so schnell wie möglich den Krieg beenden.“

Daraufhin redet PAUL BONCOUR den Chinesen an: „Wir werden Ihre Mitteilungen für unsere Aktion berücksichtigen. Erlauben Sie mir aber, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Sie uns Beweise bringen sollten zur Stützung Ihrer Mitteilungen über die Vorgänge in Schanghai.“

Will BONCOUR, daß YEN erschossene Chinesen in den Genfer Saal bringt? Das Gesicht YENS verändert sich nicht, als er erwidert: „Ich mache den Präsidenten darauf aufmerksam, daß der Krieg Japans nicht nur in Schanghai, sondern

auch in der Mandschurei geführt wird: Die Japaner haben in diesem Augenblick Charbin erobert . . .“

Darauf SATO: „Wir können nicht dulden, daß unser Handel ruiniert wird.“

PAUL BONCOUR hat das Schlußwort: . . . Der chinesische Delegierte hat uns gesagt, daß mit der Schaffung einer neutralen Zone die Schwierigkeiten noch nicht behoben sind; wir glauben ihm das. Aber in meinem Lande, und ich denke in allen Ländern, gibt es ein Sprichwort, das sagt: „Jeder Tag hat seine Plage.“ Die Not der Menschen ist sehr groß. Wenn es uns gelingt, auch nur eine Sorge zu beheben, wenn wir es dahin bringen, jetzt eine solche Zone zu schaffen, so wird der Rat seine Zeit nicht völlig vertan haben. Ich schließe die Sitzung.“

Die Wirklichkeit und Genf. Militärische Jugendausbildung.

In England wird in einer militärischen Zeitschrift von einer drohenden Krisis der englischen Heereswerbung gesprochen. Die Militärs sehen die Gefahr entstehen, daß bis zum Jahre 1937 jährlich 20 000 Bewerber zu wenig sein werden. Als Ursache dafür sieht man die Abneigung an, die bei vielen Familien gegen den Heeresdienst herrscht und die „bequeme Arbeitslosen-Unterstützung“. Es wird vorgeschlagen, Jungen zwischen 16 und 18 Jahren als „Truppenkinder“ aufzunehmen und sie halb militärisch, halb technisch auf den Kriegsdienst vorzubereiten.

In Italien teilt die faschistische Jugendorganisation Ballila mit, daß sie am 31. Dezember 1931 628 000 Mitglieder zählte gegen 325 000 des Vorjahres. Die Unterabteilung „Avanguardisten“ 214 000 Mitglieder gegen 131 000 des Vorjahres; die Abteilung „junger Mädchen“ 489 000 gegen 260 000 des Vorjahres, die „kleiner Mädchen“ 81 000 gegen 43 000 des Vorjahres. Die Mitgliederzahlen der gesamten faschistischen Jugendbewegung, zu der Mädchen und Jungen von 8 bis 18 Jahren gehören, stiegen in dem vergangenen Jahr von rund 650 000 auf 1,4 Millionen, also auf mehr als das Doppelte. Diese Zahlen über die Vorbereitung des Geistes der Zukunft sprechen eine wirklichkeitsgetreue und für uns überzeugendere Sprache als die fast von der ge-

samten deutschen Presse so enthusiastisch begrüßten „ernsten und verantwortungsvollen“ Reden des italienischen Außenministers GRANDI in Genf.

In Albanien nimmt man das italienische Vorbild an. Alle Knaben von 16 Jahren werden in eine Miliz aufgenommen, bis sie imstande sind, im Heer zu dienen. Erweisen sie sich für den Heeresdienst als untauglich, so bleiben sie bis zum 21. Jahr bei der Miliz.

In Japan dauert die allgemeine Dienstpflicht vom 16. bis zum 39. Jahr. Die aktive Dienstzeit dauert zwei Jahr; die Ausbildung erfolgt unter Anwendung aller europäischen und amerikanischen militärtechnischen Errungenschaften.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wird ein Antrag für den Kongreß vorbereitet, wonach neue Jagdflugzeuge mit einer Stundengeschwindigkeit von 350 km und Bombenflugzeuge mit einer solchen von 300 km gebaut werden sollen, und zwar wird die Technik auf den Stand gebracht werden, ein solches Flugzeug innerhalb sechzig Minuten zu bauen. Man sieht hieran leicht, wie sehr jede Luftflotte eine Kriegsluftflotte ist.

Aus dem Reich der Abrüstung.

Im Gegensatz zu dem Thema: „militärische Aufrüstung“, können wir zum Thema der Abrüstung leider nur eine einzige Nachricht bringen. Die Arbeiterpartei in Norwegen hat Anträge eingereicht, die jetzige Land- und Seemacht durch eine Neutralitätswache zu ersetzen. Die Grenzschutz soll, falls die norwegische Neutralität verletzt würde, sich darauf beschränken, jene Verletzung festzustellen, gegen sie zu protestieren und sie unmittelbar zur Kenntnis der Regierung zu bringen. Sache der Regierung sei es dann, die Angelegenheit bei einem internationalen Schiedsgericht anhängig zu machen — falls es nicht gelingt, durch unmittelbare Verhandlungen mit der feindseligen Regierung die Erledigung des Streitfalles herbeizuführen. Der Vorstand der norwegischen Arbeiterpartei hat also die Initiative ergriffen, die wir den Führern aller großen europäischen Arbeiterparteien zu muten. Die Schwierigkeiten der geographischen Lage sind in Skandinavien geringer als z. B. in einem Land wie Deutschland, das viele offene Grenzen hat. Der Hinweis auf solche Schwierigkeiten entbindet aber keine sozialistische Partei davon, von ihrer eigenen Regierung die Überwindung jener Hemmnisse zu fordern. M. S.

Bauern in Not.

Aus Berichten über Bauernversammlungen.

Tatsachen.

Wagenschmiere kostet da und dort mehr als heimische Butter. — Für den Erlös einer ganzen Ochsenhaut erhält der Bauer nur noch ein Paar Schuhe. In einem Fall sind für ein Kalbfell 1,50 Mark erzielt worden; die Bahnfahrt des verkaufenden Bauern hat 1,40 Mark gekostet. (Diskussion auf der Vollversammlung der Kreisbauern von Oberbayern.)

Der Kleine zahlt verhältnismäßig die höchsten Strompreise. Ein Bauer: In meinem nicht sehr großen Betriebe muß ich 15 Kälber verkaufen, um die Jahresstromrechnung bezahlen zu können. (Diskussion auf der zweiten Notkundgebung der Mittelständischen Notgemeinschaft, der sogenannten „Neuen Bauernbewegung“, in Holzkirchen, Bayern.)

Falsche Forderungen.

Schließung der Grenzen gegen die verheerende Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte, dadurch Wiedererlangung der Rentabilität in der Landwirtschaft und die Rettung vor dem Zusammenbruch. (Der Referent auf der Generalversammlung der Vereinigung Rheinischer Bauernvereine und des rheinischen Landbundes in Düsseldorf.)

Einfuhrsperre für Milchprodukte. Aber auch das ist noch lange nicht ausreichend! Damit die Bevölkerung endlich anfängt, deutsche Butter zu essen, sind Zölle, beziehungsweise Einfuhrbeschränkung für ausländische Fette einschließlich Walfischtran notwendig, ferner der Verwendungszwang für einheimische Fette bei der Margarineherstellung. (Erweiterter Vorstand des Thüringer Bauernbundes in Weimar.)

Richtige Forderungen.

Die großen Herren können die heutige Lage nicht meistern, sie verstehen sich scheinbar nicht mehr. Die Kleinen müssen sich verstehen lernen, sie müssen sich

gegenseitig aussprechen, was ihnen doch erlaubt sein müsse, wenn die Erregung nicht noch ärger werden solle (5 Gendarmen sind anwesend!). (Referent auf der Notkundgebung in Holzkirchen.)

Die Landwirtschaft will heute keine Kredite mehr. Diese sind ihr schon längst zum Verhängnis geworden. Viel notwendiger ist die Angleichung des Kunstdüngerpreises an die Preise der landwirtschaftlichen Produkte. (Referent auf der Vollversammlung der Kreisbauernschaft von Oberbayern.)

Wir können es sehr wohl verstehen, daß Bauern in erster Linie die Forderung stellen: Preiserhöhung für unsere Produkte! — Sie sollten sich aber fragen: Wer kann die höheren Preise bezahlen? Eine Preiserhöhung für Bauernprodukte (Vieh, Viehprodukte) ist nur möglich, wenn gleichzeitig die Preise für die wichtigsten Produkte der Großgrundbesitzer (Roggen und Weizen) gesenkt werden; die städtische Bevölkerung kann dann, was sie am Brotpreis spart, für bäuerliche Nahrungsmittel mehr ausgeben.

Ausschlaggebend wichtig ist die Erfüllung der in Oberbayern erhobenen Forderung:

„Die Kleinen müssen sich verstehen lernen, sie müssen sich gegenseitig aussprechen.“

Wenn Bauern und Arbeiter, Handwerksmeister und Volksschullehrer und untere Beamte die ihnen eingehämmerten Vorurteile zu Hause lassen und ruhig und sachlich gemeinsam überlegen, was die Ursache ihrer Not ist, so müssen sie ja erkennen, daß die heutige Wirtschaftspolitik an ihrer aller Not schuld ist, daß diese Wirtschaftspolitik nur den Interessen von Großgrundbesitzern und Schwerindustrie dient. Diese Erkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Auf die Erkenntnis muß als zweiter Schritt bei Bauern folgen: die organisatorische Loslösung von den Großgrundbesitzern, das heißt: der Austritt aus dem Landbund. Rpt.

Rohstoffzeuger gegen Rohstoffverarbeiter.

In der Landwirtschaft: 4 Pfennig Verlust pro Ei.

Die Eierpreise waren 1931 um 20 Prozent niedriger als im Vorjahr, die Geflügelfuttermittel-Preise um 10 Prozent höher. Man hat errechnet, daß ein auf Futtermittelzukauf angewiesener Geflügelzüchter heute rund 4 Pfennig pro Ei verliert. Die Geflügelzucht ist infolge dieser seit Monaten sich verschärfenden Entwicklung während des Jahres 1931 um rund 5 Prozent zurückgegangen, während sie sich in den Jahren vorher durchschnittlich um je 9 Prozent vergrößert hatte.

Etwa 30 Prozent des deutschen Geflügelbestandes wird mit zugekauften Futtermitteln ernährt. Diese bestehen zu 35 Prozent aus Weizen, zu 30 Prozent aus Mais. Ein erheblicher Teil der Geflügelzucht ist deshalb unrentabel, weil der Weizen- und Maispreis durch die verschiedensten Maßnahmen hochgehalten ist. Das sind die Folgen der deutschen Agrarpolitik, die angeblich die Ernährung Deutschlands von eigener Scholle sichern soll, in Wirklichkeit aber einseitig die Interessen der Getreide verkaufenden Großgrundbesitzer verfehlt. Gerade die Geflügelzucht ist ein — leider! — gutes Beispiel dafür, daß durch die Unterstützung bankerotter Großgrundbesitzer andere Betriebe in den Bankrott hineingetrieben werden.

In der Industrie:

Die Falschen machen Bankrott.

An einem Tag gehen folgende Meldungen aus Westdeutschland bei uns ein: Von den Velberter Schloßfabriken befindet sich ein Drittel in Konkurs oder Zahlungsschwierigkeiten. Ueber das Vermögen der Ohligser Gesensschmiede G. m. b. H. (Kapital: 20 000 Mark) ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Die Firma BUCHWALD & Co. G. m. b. H. (Fabrikation von Grobblechwaren, Kapital 300 000 Mark) ist in Konkurs geraten. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der HEINRICH SCHAUMANN G. m. b. H. (Blechwarenfabrik und Kesselschmiede, Kapital 115 000 Mark) ist nach Bestätigung des angenommenen Vergleichs aufgehoben worden.

Die mittlere Industrie, die Eisen verarbeitet, macht Bankrott, zum großen Teil, weil der Bankrott der Eisenerzeuger durch Staatseingriffe immer wieder hinausgeschoben wird. Denn nur zugleich mit Bankrotten in der Schwerindustrie werden die Rohstoffpreise für die Eisenverarbeiter sinken. Rpt.

Gegner des Fortschritts in der Landwirtschaft.

In blind-gehässiger Art und Weise bemühen sich die HUGENBERG-Kreise aus parteipolitischen Gründen, ernsthafte Versuche, die Landwirtschaft in rein technischer Hinsicht zu modernisieren, zu Fall zu bringen. Das hat sich anlässlich der „Grünen Woche“ (Ende Januar/Anfang Februar) wieder einmal deutlich gezeigt. Wenn man sieht, mit welchem Aufwand von unsachlichen Kraftausdrücken diese Interessenten sich gegen den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft wenden, dann können wir daraus besonders klar ersehen, welchen Gegner wir um des Sozialismus willen zu bekämpfen haben.

Die „Landwirtschaftliche Wochenschau“, die von HUGENBERG'Schen Redakteuren herausgegeben wird, bringt in ihrer Nummer vom 9. Februar folgenden Bericht über die Verpackungsschau, die das Berliner Institut für landwirtschaftliche Marktforschung anlässlich der „Grünen Woche“ veranstaltet hat. Der Zweck dieser Verpackungsschau war der, Landwirten und Verpackungsfirmen zu zeigen, welchen Nutzen moderne und in ihren Massen standardisierte Verpackungen und sorgfältige Behandlung der Erzeugnisse, insbesondere des Obstes, für sämtliche Beteiligten haben würden.

Jeder von uns kann ja tagtäglich an den Marktständen und in den Straßen stehenden Verkaufswagen feststellen, wieviel sauberer und schöner die amerikanischen Äpfel aussehen als die deutschen. Dieser Unterschied beruht auf vielerlei Umständen: die amerikanischen Farmer pflegen ihre Obstbäume besser; sie behandeln das Obst beim Pflücken, Verpacken und Verladen sorgfältiger (die Äpfel werden nicht in ihre Behälter geworfen oder geschüttelt, sondern hineingelegt), sie achten auf die allmähliche Züchtung von Markenware, sie verwenden angemessene Verpackungen.

Die Ausstellung des Instituts für Marktforschung war die erste ihrer Art in Deutschland. Hierüber berichtet nun die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ in folgenden Tönen: „... das außerordentlich umfangreiche Material (wurde) in einem tollen Wirrwarr derart geboten ... daß der städtische Besucher den Eindruck einer Höherwertigkeit der Auslandsware mitnehmen mußte.“ ... leichtfertig irreführende Arbeit ...

„Auf der von Professor BRANDT mit großem Kostenaufwand zusammengebrachten und mit marktschreierischer Reklame ausgestellten Verpackungsschau herrschte ein derartiger Wirrwarr, waren ohne jede Systematik im Aufbau die Verpackungen so wüst durcheinander geworfen, daß man nur von einem Verpackungs-friedhof reden kann. Man hat es doch sogar fertig gebracht, etwa einen Apfelpflückkorb ohne jede sichtbare Trennung neben Versandkisten für Äpfel zu stellen. ... Kritikal lag alles durcheinander, so daß offensichtlich bewußt auch auf die Möglichkeit verzichtet wurde, den Erzeugern und den Absatzinteressenten lehrhafte Beispiele für die Möglichkeiten von Verbesserungen bei der Verpackung zu geben. Insbesondere skandalös ist es, daß Professor BRANDT darauf verzichtet hat, einen vollständigen Ueberblick über die Leistungen zu geben, die in der deutschen Landwirtschaft bereits erreicht worden sind. ... Dafür wurde auf besonders hervorgehobenen Ständen ausgesprochener Unfug gezeigt. Es ist eine glatte Irreführung, wenn ein Professor es fertig bringt, für die Normung der Butterpackungen im Vergleich zu Margarinepackungen einzutreten und dabei auf der Butterseite Markenbutter, Genossenschaftsbutter und private Molkereibutter in einen Topf zu werfen. ... So zeugte die Verpackungsschau, wenn man sie nicht überhaupt als böswilligen Versuch der Arbeit gegen die deutsche Landwirtschaft ansehen soll, erneut von der wissenschaftlichen Unfähigkeit und Unsachlichkeit von Professor BRANDT. ... Der Verpackungs-friedhof war eine erneute Anklage gegen die skandalöse Fehlleitung öffentlicher Gelder durch die von KLEPPER in der Preußenkasse eingeführte Vetterwirtschaft.“

Man muß hierbei wissen, daß KLEPPER, der bisherige Leiter der Preußischen Zentral-Genossenschafts-Kasse und jetzige preußische Finanzminister, der bei den Großgrundbesitzern bestgehobte Sachverständige in landwirtschaftlichen Angelegenheiten, insbesondere in Kreditfragen, ist. Das kommt vor allem

daher, daß er nach Uebnahme seines Amtes bei der Preußenkasse viel gründlicher in der Prüfung der Kreditwürdigkeit der Schuldner war als sein Vorgänger; und da die Großgrundbesitzer bei weitem stärker verschuldet sind als die mittleren und kleinen Bauern, so brandmarken sie derartige Sorgfalt natürlich als ein Vorgehen gegen „die“ deutsche Landwirtschaft.

Doch zur Verpackungsschau: Jeder Besucher konnte sich für 30 Pfennig einen ausführlichen Katalog kaufen, in dem alle ausgestellten Gegenstände beschrieben waren.

Wer etwa wegen Kurzsichtigkeit den Katalog oder die genau Beschreibung jedes einzelnen Gegenstandes auf den am Gegenstand angebrachten Karten nicht zu lesen vermochte, konnte sich an den Spezialreferenten für diesen Teil der Ausstellung oder seinen Vertreter um Auskunft wenden. Ein Referent des Instituts für Marktforschung und eine wissenschaftliche Hilfskraft waren ständig anwesend und veranstalteten dauernd Führungen.

Was die von der „Landwirtschaftlichen Wochenschau“ beanstandete Darstellung von Margarine- und Butter-Packungen anlangt, so war der Zweck des betreffenden Tisches, zu zeigen, wie einheitlich Margarine allgemein heute verpackt wird und welcher Wirrwarr bei den verschiedenen Verpackungen von Butter herrscht. Um die an und für sich trockene Verpackungsschau zu beleben, hatte man verschiedentlich, und so auch hier, anregende Schlagzeilen angebracht. Bei den Margarine-Packungen besaß das Schild: „Schon immer so“; bei den üblichen Butter-Packungen hieß es: „Bei der guten Butter noch immer so“; bei den vom Institut empfohlenen Din-Formaten stand: „Wann endlich so?“ — Es drehte sich hier nicht um die Unterscheidung von Qualitäten der Ware, deren es ja auch bei der Margarine verschiedene gibt, sondern um die Unterscheidung der Verpackungsarten.

Daß bei der Ausstellung Deutschland nicht zu kurz kam, davon kann sich auch heute noch jeder durch einen Blick in den Katalog überzeugen. Gewiß machten die ausländischen Verpackungen einen besonders guten Eindruck; es war ja gerade der Zweck der Ausstellung, die deutschen Landwirte und Versandfirmen zur Nachahmung anzuregen und ihnen dabei zu helfen. — Manches hätte sicher besser sein können; es handelte sich aber, wie gesagt, um die erste derartige Ausstellung in Deutschland, und alle wahren Freunde der Landwirtschaft sollten froh sein, daß dieser Anfang gemacht wurde.

Kurzum: der angeführte Erguß der „Landwirtschaftlichen Wochenschau“ zeigt, wogegen man anzukämpfen hat, selbst wenn man eine so unpolitische Angelegenheit vertritt wie den technischen Fortschritt in der deutschen (!) Landwirtschaft. Re i.

50 Millionen Mark für Notstandsarbeiten.

Die deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG. wird für Notstandsarbeiten im Baujahr 1932 vorläufig 30 Millionen Mark bereitstellen aus laufenden Einnahmen der Gesellschaft; die Einnahmen setzen sich zusammen aus Zins- und Tilgungsbeträgen für früher gegebene Darlehen; es ist also fraglich, wie weit sie hereinkommen werden. Dazu sollen treten 20 Millionen Mark von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung.

Die Gesellschaft teilt mit, daß Projekte in ausreichendem Umfang vorhanden sind. Als wenn das jemand bezweifelte! — Es soll zum Beispiel finanziert werden der Bau des Rügen-dammes, die Odertalsperre bei Osterode, die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Augsburg—Ulm—Stuttgart, die Neckarkanalisierung usw. Es ist geradezu ein Unfug, diese Arbeiten in Angriff zu nehmen oder weiterzuführen. Gibt es denn nichts Wichtigeres? Oder sollen die schönen Regierungsworte über die Notwendigkeit der Siedlung als leeres Geschwätz dadurch öffentlich festgestellt werden? Man spricht von Siedlung und baut Dämme und Eisenbahnen!

Aus der deutschen Republik.

In Deutschland werden die bankrotten Großgrundbesitzer wie sonst kein anderer Stand subventioniert. Wir stellen unseren Lesern heute die 14 größten Grundbesitzer Deutschlands namentlich vor. Die Liste entnehmen wir dem Buch von Dr. THEODOR HAENICH: „Deutsche Latifundien.“

Die größten privaten Landeigentümer in Deutschland (um 1925).

Name:	Gesamtfläche in Hektar	Landw. ben. Fläche in Hektar	Wälder u. Holzungen in Hektar
Wilhelm von Hohenzollern	97 043	25 824	63 125
Christian Kraft, Fürst zu Hohenlohe-Oehringen	48 221	13 559	33 571
Friedrich Viktor, Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen	46 036	10 793	31 847
Friedr., Fürst zu Solms-Baruth	38 774	4 768	33 545
Chr. E. v. Stolberg-Wernigerode	36 739	5 193	27 984
Herzog von Ratibor	31 128	7 951	21 672
Friedr., Herzog v. Anhalt-Dessau	29 300	13 513	14 969
Graf Tiele-Winkler	28 882	7 247	21 496
Engelbert Maria, Herzog von Arenberg-Nordkirchen	27 842	7 110	19 500
Friedr., Reichsgraf Schaffgotsch	27 668	1 325	21 401
Ad., Graf von Arnim-Muskau	26 770	2 347	24 318
Friedr., Leop., Prinz v. Preußen	25 042	2 490	11 813
Friedr., Jos., Reichsgraf v. Brühl	22 891	6 537	16 078
Friedrich August, vormaliger König von Sachsen	21 945	10 581	10 658
14 Großgrundbesitzer	508 281	129 238	350 977

14 Großgrundbesitzern gehören 1/2 Million Hektar. Schon auf der von ihnen landwirtschaftlich benutzten Fläche könnte man 14 000 selbständige Bauern-Familien ansiedeln — wenn man (unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse, insbesondere der meist ungünstigen Marktlage) durchschnittlich etwa 9 Hektar für einen Bauernbetrieb rechnet. Rpt.

Bauernland in Ostdeutschland.

Ein zuverlässiger Gewährsmann schreibt uns: „Der Landwirt KARL LIESE verkaufte vor einigen Jahren sein 60 Morgen großes Bauerngut in Zierenberg bei Kassel und kaufte für dasselbe Geld einen 140 Morgen großen Hof in der Nähe von Brüel in Mecklenburg. Auf seinem neuen Hof kommt er wesentlich besser vorwärts und kann, obwohl sein Gut fast nur Roggenboden hat und trotz der Agrarkrise, einige kleine Resthypotheken abzahlen, während die Großgrundbesitzer Schulden auf Schulden häufen trotz der Osthilfe. — Würden die Mittel der Osthilfe dazu verwandt, den zweiten und dritten Bauernöhnen, die keinen Hof zu verkaufen haben, eine Ansiedlung zu ermöglichen, wären diese Mittel besser angewandt!“

Konkurrenz oder Kommissar?

Die „Mitteilungen des III. Kreises des Deutschen Buchdruckervereins“ melden: „Chromocersatzkarton-Verband: Sämtliche Preise sind um 1,25 Mark je 100 kg gesenkt worden (um etwa 4 Prozent). Die heute gebundenen Preise liegen aber immer noch höher als die freien Marktpreise am 30. Juni 1931.“ — Könnte Herr GOERDELER seine Arbeit nicht überflüssig machen, dadurch, daß er den Verband auflöst? Die Preise gingen dann von selber herunter, ähnlich wie nach der vor 1 1/2 Jahren erfolgten Auflösung des Verbandes der Pergamentersatzpapier-Fabrikanten. — Als dieser Verband sich auflöste, sanken die Preise seiner Produzenten um mehr als 20 Prozent.